

Zeit der Bescheidenheit muss vorbei sein

Die Kassen der öffentlichen Haushalte sind dank der Politik des ‚billigen Geldes‘ seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) hierzulande gefüllt wie nie. Dies ermöglicht endlich eine Abkehr von der restriktiven Lohnpolitik – auch im öffentlichen Dienst

Das mit der europäischen Währungsunion ist schon eine vertrackte Angelegenheit. Zurzeit stehen die Disparitäten, die mit schweren sozialen Problemen einhergehen, im Fokus. Klar ist, dass ‚wir‘ Deutschen zurzeit die Gewinner sind und sich daraus das politische Interesse speist, um jeden Preis diese Gebilde zu erhalten. Dies kennzeichnet das offensive Auftreten der Griechen genauso wie – trotz aller Kakophonie – die vielleicht doch noch in letzter Not erfolgenden Zugeständnisse der Kanzlerin.

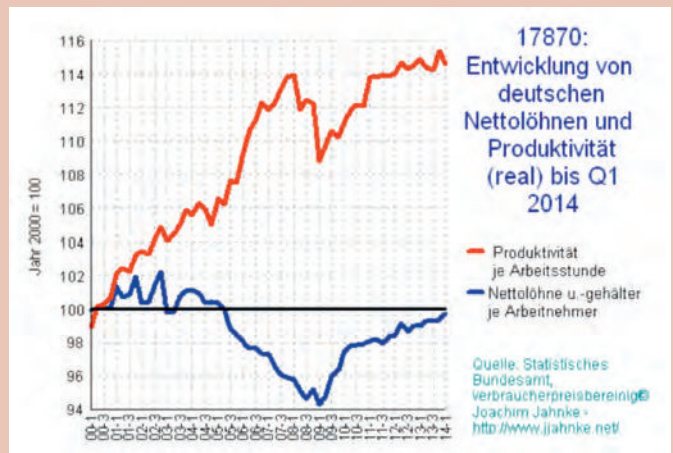
Politisch gleicht dies einem Seiltanz, muss doch die deutsche Politik einerseits die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer im Auge behalten, aber andererseits auch die Interessen im Land selbst bedienen. Aber diese sind keineswegs gleich. Gleich ist das Interesse der Unternehmer an einem verfassungsrechtlich garantierten Eigentum an den Produktionsmitteln, gleich ist auch das Interesse an einer rechtsstaatlichen Ausgestaltung eines Regelwerks, das den ungehinderten Ablauf kapitalistischen Geschäfts regelt. Gleich ist auch das globale Ziel des Unternehmers, den Profit maximieren zu wollen oder objektiv gesehen – bei Strafe seines Untergangs – dies zu müssen.

Unterhalb dessen bauen sich aber objektive Widersprüche auf. So muss der einzelne unter Konkurrenz stehende Kapitalist seine

Kosten, zu denen die Löhne oft ja als zentrale Größe dazu gehören, minimieren; gleichzeitig hofft er, dass dies seinem Konkurrenten nicht so gut gelingt wie ihm. Da ist es nur systemstabilisierend, dass die Gewerkschaften diesen Job über das Aushandeln von Tarifverträgen übernehmen. Auf diese Weise löst sich ein Teil dieser Widersprüche auf.

In Hinblick auf die Import- oder Exportinteressen ist dies nicht so einfach. Hier bleibt der Konflikt unauflösbar. Was für den einen von Vorteil, wirkt sich für den anderen nahezu spiegelbildlich nachteilig aus. Nur ein Unternehmen, das mit gleicher Gewichtung Import- wie Exportgeschäfte betreibt, bleibt davon

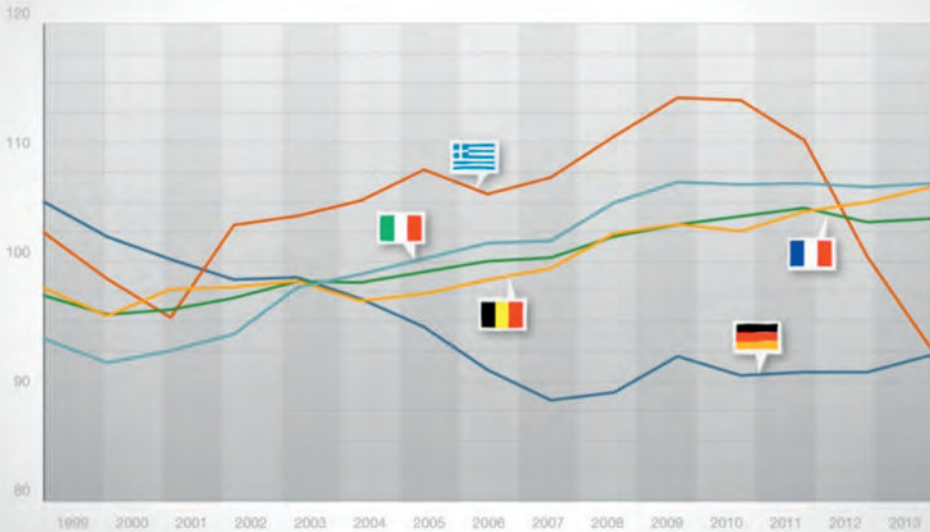
verschont. Alle anderen leiden oder profitieren von Wechselkurschwankungen. Konkret heißt dies, dass durch die Politik des ‚billigen Geldes‘ (je niedriger die Zinsen, desto weniger wird der Euro auf den Devisenmärkten nachgefragt) der Wert des Euros gegenüber dem Dollar und damit auch aller übrigen Währungen abgenommen hat. Zentralbankchef Mario Draghi, der dafür die Verantwortung trägt, blieb nichts anderes übrig, als über diesen Weg wenigstens den Versuch zu starten, die Volkswirtschaften des Südens über Wasser zu halten. Können sich hierdurch doch Unternehmen wie Private ‚billig‘ Geld besorgen, um damit zu investieren oder zu konsumieren. Vielleicht



Wäre man bei der Lohnentwicklung der roten Linie gefolgt, wären die Disparitäten, die heute die europäische Währungsunion zu zerreißen drohen, wohl nicht in dieser Schärfe aufgetreten

Lohnstückkosten in der Eurozone

Auf Euro-Basis, Index 1991-2013 = 100, ausgewählte europäische Staaten, 1999-2013



Quelle: Amec-Datenbank, Europäische Kommission, Bundeszentrale für politische Bildung 2014

Der Anteil der Löhne pro Stück (pro produzierter Einheit) ändert sich, wenn bspw. durch technischen Fortschritt oder bessere Arbeitsorganisation der Output steigt. Wenn an diesem Zuwachs gemessen, die Löhne nur unterproportional steigen, sinken die Lohnstückkosten. (In Deutschland ist dies bis 2007 geschehen). Frankreich, Belgien und Italien haben sich eigentlich vorbildlich verhalten, weil sie Lohnsteigerungen dem Anspruch nach in Höhe des Produktivitätsfortschritts plus einer Inflationsrate von zwei Prozent zugelassen haben.

erinnert sich der eine oder die andere noch an den ehemaligen Zentralbankchef der USA, Bernanke, der sich dazu verstieg, als Mittel gegen die lahrende Konjunktur Geld mit dem Hub-schrauber abwerfen und verteilen zu wollen.

Kein Mensch weiß so richtig, ob das mit der ‚lockeren Geldpolitik‘ funktioniert. Fest steht, dass ein Großteil dieses frischen Geldes darauf verwandt wird, Aktien zu kaufen, womit der eigentliche Zweck der Aktion verfehlt ist. Trotzdem hofft man, dass ein Teil des Geldes dann doch noch nachfragewirksam wird und der drohenden Deflation Einhalt gebietet. Setzte diese sich durch, wäre qua negativer Gewinnerwartungen die Abwärtsspirale von sinkender Investition, sinkender Beschäftigung und damit sinkender auch privater Nachfrage in Gang gesetzt,

von der niemand voraussagen könnte, welche Auswirkungen dies ökonomisch hätte und im Gefolge dessen, mit welchen politischen Verwerfungen dies verbunden wäre.

Ob am Ende die Währungsunion erhalten bleiben kann, ist offen. Nicht zuletzt werden die politischen Auseinandersetzungen zeigen, wieweit die Akteure bereit sind, bei den eigenen kurzfristigen Interessen zugunsten des übergeordneten Zieles eines Erhalts des Euros zurückzustecken. Dies wird nur gelingen, wenn man seitens der jetzigen Profiteure – allen voran Deutschland – bereit ist, den Verlierern großzügige Zugeständnisse zu machen.

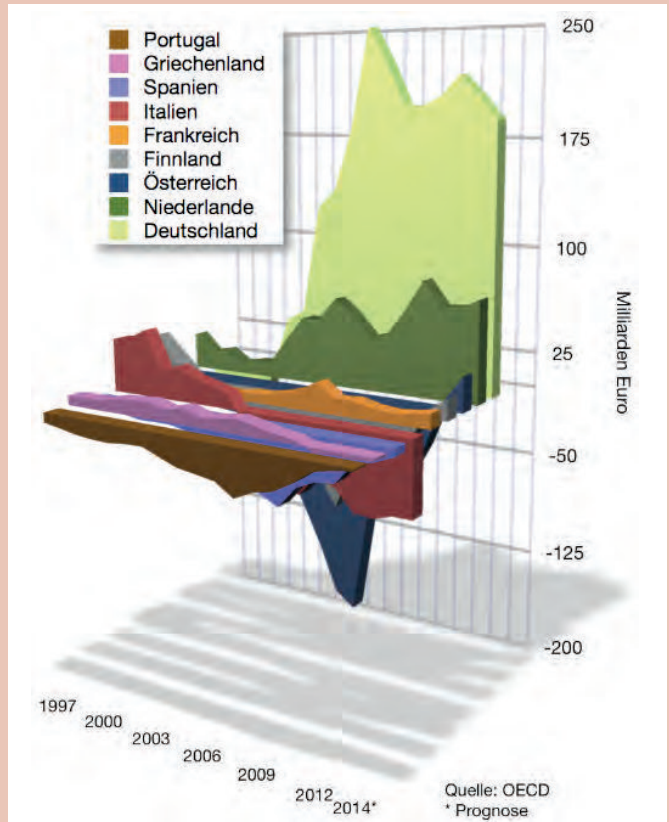
Was hat das nun mit der aktuellen Lohnrunde im öffentlichen Dienst zu tun? Löhne sind für den Staat Ausgaben, die – wenn man mal von der Möglichkeit der Ver-

schuldung absieht – nur finanziert werden können, wenn genügend Einnahmen vorhanden sind.

Entgegen den vielen Jahren zuvor, in denen der Staat einen Teil seiner Ausgaben über Schulden finanziert hat, ist er jetzt in der Lage – nicht zuletzt wegen der niedrigen Zinsen für die Refinanzierung seiner Altschulden –, auch höhere Ausgaben in Form von Lohnzuwächsen oder mehr Beschäftigung bspw. in Bildung zu stecken. Der größere Teil dieses Geldes würde nachfragewirksam, was sich positiv auf die Binnenkonjunktur auswirken würde. Bezogen auf die Güter, die wir aus dem europäischen Ausland importieren oder die Ausgaben, die dann über Auslandsreisen getätigt werden, würde dies zu einem erheblichen Teil den südlichen europäischen Partnerländern zugutekommen.

Das jetzige strukturelle

Ungleichgewicht mit seinen riesigen Exportüberschüssen, die aktuell wegen des niedrigen Euro-Kurses weiter befeuert werden, geht zu einem Teil zu Lasten der jetzigen Krisenstaaten des europäischen Südens. Das Bild des Deutschen, der alle anderen ‚Partner‘ an die Wand fahren lässt, hat hier seinen Ursprung. Da genügt es dauerhaft nicht, die eine oder andere Kompensationszahlung zu leisten, um die Widersprüche abzumildern. Man muss sich dessen bewusst sein, dass die wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen zu einem Teil auf die restriktive Lohnpolitik der Vergangenheit zurückzuführen sind, die – entgegen aller Absprachen – sich nicht am Produktivitätsfortschritt plus Inflationsrate orientiert hat. Ein Zeichen auch der Schwäche der hiesigen Gewerkschaften, die – im Gegensatz zu den organisierten Kolleg_innen im Süden – dies nicht durchsetzen konnten. Man erinnere sich nur an das Wort des Bundesbank-Präsidenten Jens Weidmann Mitte letzten Jahres, der – wohl einmalig in der Geschichte – höhere Löhne forderte und die Gewerkschaften indirekt ermahnte, etwas zu tun, um die Löhne nachhaltig zu steigern.



Und das ist das Ergebnis: Bis auf Holland, das eine ähnliche restriktive Lohnpolitik wie die Deutschen betrieben hat, stehen die übrigen „Partnerländer“ mit dem Rücken zur Wand

Statt also mit der ‚Schwarzen Null‘ populistisch Politik zu

machen, gar die Schuldenbremse als Sachzwang ins Spiel zu bringen, muss man sich der ursprünglichen Vorsätze erinnern, die man mit Einführung der Währungsunion verabredete: Eine abgestimmte, koordinierte Haushalts- und Finanzpolitik. Das bedeutet dem Anspruch nach – auch wenn dies leider nicht wie die Verschuldungsregeln im Maastrichter Vertrag kodifiziert wurde – Lohnsteigerungen entlang der Produktivitätssteigerung der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung unter Einschluss der Inflationsrate. Hier gilt es seitens der Arbeitgeber und Gewerkschaften, aber eben auch der öffentlichen Arbeitgeber einiges nachzuholen.

JOACHIM GEFFERS

Seid umschlungen, Millionen

Im Hamburger Haushaltsjahr 2014 belaufen sich die bereinigten Gesamteinnahmen auf 12,3 Milliarden Euro und die bereinigten Gesamtausgaben auf 11,9 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich ein positiver Finanzierungssaldo von 422 Millionen Euro. Diese Zahlen sind das Ergebnis des sogenannten 13. Kassenlaufs, mit dem jeweils in der ersten Februarhälfte der vorläufige kamerale Haushaltsabschluss des Vorjahres festgestellt wird. Nach Angaben des Bundes-

finanzministeriums stiegen die Einnahmen der Ländergesamtheit bis einschließlich Dezember 2014 um 4,1 Prozent, die Ausgaben aber zugleich um 3,7 Prozent. In Hamburg fällt der Einnahmeanstieg deutlich höher, der Anstieg der Ausgaben erheblich niedriger aus. Die geplanten Defizite und Neuverschuldungen wurden seit 2011 jedes Jahr systematisch verringert.

12. Februar 2015, Senatspressediens